

Bürgerbrief für Frieden und Demokratie

Sachlich fundierte Informationen für den souveränen Bürger

www.buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de

Ausgabe Februar 2022

Hinweis: Die einzelnen Texte stellen eine Kurzzusammenfassung bzw. einen Hinweis auf die Komplett-Artikel dar, die per Mausklick auf den jeweils blauen und unterstrichenen Text direkt aufrufbar sind. Kursiver Text gibt die Meinung der Redaktion (Red.) wieder.

Das politische und weltanschauliche [Selbstverständnis des Redaktionsteams](#) sowie das [Impressum](#) mit Haftungsausschluss und Angaben zum Datenschutz finden Sie auf unserer Homepage.

Einladung: Unsere Leser dürfen gerne mitmachen. Senden Sie hierzu bitte Verbesserungsvorschläge für diese Seite und/oder Artikel-Vorschläge (mit Link) an: info@buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de (Betr.: "BB-Artikelvorschlag").

Darüber hinaus würden wir uns sehr freuen, wenn uns unsere Leser weiterempfehlen würden.

Die Redaktion

Inhalt dieser Ausgabe

- **Editorial**
- **Monitor: Der Fall Julian Assange**
- **Thomas Röper: Die Chronologie: Wie die USA rund um die Ukraine den dritten Weltkrieg riskieren**
- **Dmitri Trenin: Was Putin in der Ukraine wirklich will**
- **A. de Zayas: Hat der Westen das Vertrauen verspielt?**
- **Alexander Marjin: Lawrow: Westen setzt sich über Prinzip der unteilbaren Sicherheit hinweg**
- **Paul Craig Roberts: Fehlende Sicherheitsgarantien für Russland sind gefährlich**
- **Matthias Platzeck: Ich will nicht, dass Russland und China Arm in Arm marschieren**
- **Andrej Hunko: Der Westen müsste Gespräche anbieten, um aus der Eskalationsspirale herauszukommen**
- **Karl-Jürgen Müller: Macht vor Recht – Wichtige Forschungsergebnisse zum Thema NATO-Osterweiterung**
- **W. Schwarz: Der Westen & Russland – zum Diskurs**
- **Eberhard Hamer: Der Gaskrieg**
- **Lucas Leiroz: Der US-Druck auf Deutschland wächst**
- **P. Escobar: Iran-Russland, Maximalstrategie gewählt**
- **D. Beasley: Afghanistan: Die dringende Notwendigkeit von Lösungen für die Probleme, die verhindern, dass die humanitäre Hilfe das afghanische Volk erreicht**
- **M. Baraki: Geburtsstunde u. Geburtshelfer der Taliban**

Zitat des Monats von [Albert Einstein](#):

**Dauernder Friede kann nicht durch Drohungen,
sondern nur durch den ehrlichen Versuch vorbereitet werden,
gegenseitiges Vertrauen herzustellen.**

Editorial

Am Anfang dieser Bürgerbrief-Ausgabe steht eine Podiumsdiskussion bei Monitor (ARD) zum Fall **Julian Assange**, bei der alle Teilnehmer mit unterschiedlichen Argumenten und Interessen die Behandlung von Assange kritisieren und für dessen Freilassung plädieren.

Danach bildet aus aktuellem Anlass das Thema **Russland und die Kriegsgefahr** den großen Schwerpunkt. Thomas Röper und Dmitri Trenin rufen zunächst die aktuellen Ereignisse und auch die russischen Absichten in Erinnerung. Im nächsten Block werden von Alfred de Zayas, Sergej Lawrow, Paul Craig Roberts, Matthias Platzeck und Andrej Hunko Vorstellungen davon gegeben, was es aktuell und generell heißen könnte, im Rahmen der entstandenen Situation den **Frieden zu sichern und die Situation zu entspannen**. Die **Nichtbeachtung bereits geschlossener Verträge** und Vereinbarungen sowie die Nichtbeachtung des Völkerrechts vor allem seitens des Westens haben zur augenblicklichen Eskalation geführt. Diese Verträge sind aber zugleich die Basis, die bei gutem Willen zur Deeskalation führen können. Das wird auch in den **historischen Rückblicken** von Karl-Jürgen Müller und Wolfgang Schwarz, der Bernd Greiner mit heranzieht bestätigt.

Dass die USA auch massive **wirtschaftliche Interessen** vertreten und damit auch **Druck auch auf Deutschland** ausüben, schildern Eberhard Hamer und Lucas Leiroz. Auf der anderen Seite baut **Russland mit dem Iran** eine Kooperation auf (Beitrag Pepe Escobar). Abschließend werden in zwei Beiträgen die schrecklichen Kriegsfolgen in **Afghanistan** aufgezeigt und historische Hintergründe für diesen Krieg beleuchtet.

[Inhalt](#) ↑

• Monitor: Der Fall Julian Assange

Georg Restle moderiert eine digitale [Podiumsdiskussion zu Julian Assange](#). Teilnehmer: Nils Melzer, Herta Däubler-Gmelin, John Kornblum und Constanze Kurz. Nils Melzer, der im Auftrag der UNO intensiv recherchiert und [ein Buch zum Thema geschrieben](#) hat, berichtet von der juristisch und menschenrechtlich unmöglichen Situation, in der sich Assange seit Jahren befindet. Er stellt Folter, nicht im körperlichen Sinne, sondern durch psychischen Druck und Isolation fest. Kornblum, US-Botschafter a.D., wirbt um Verständnis für das Sicherheits- und Geheimhaltungsinteresse des Staates und meint, Assange hätte bereits vor 10 Jahren seine Erkenntnisse auf juristischem Weg anzeigen sollen. Frau Däubler-Gmelin hat teils Verständnis für Detailkritik an Assanges Verhalten, prangert aber massiv den Umgang mit ihm an, der völlig unverhältnismäßig und menschenrechtswidrig ist. Frau Kurz vom 'Chaos Computer Club' erläutert, dass Assange in der Hacker-Szene teils umstritten, aber auch sehr anerkannt war und stellt fest, dass an ihm ein Exempel statuiert wurde, welches bereits große Wirkung in der Whistle-Blower-Szene im Sinne von Einschüchterung hatte. Am Ende plädiert sogar Kornblum für die Freilassung von Assange.

[Monitor](#), 1965 gegründet, ist ein deutsches Fernsehmagazin der ARD mit überwiegend politischen Themen. Schwerpunkt ist die deutsche Innenpolitik. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Thomas Röper: Die Chronologie: Wie die USA rund um die Ukraine den dritten Weltkrieg riskieren**

Thomas Röper macht darauf aufmerksam, dass Wladimir [Putin Anfang Dezember 2021 in einem Telefonat mit Joe Biden Sicherheitsgarantien gefordert](#) hat. Die von Putin gestellten [Forderungen hat Moskau Mitte Dezember veröffentlicht](#). Moskaus Forderungen lauten:

- Keine NATO-Militärmanöver nahe der russischen Grenze, keine russischen Militärmanöver nahe der Grenze zu NATO-Staaten.
- Keine Stationierung von atomwaffenfähigen Mittelstreckenraketen in Europa, also auch nicht im europäischen Teil Russlands.
- Keine Stationierung von Atomwaffen außerhalb des eigenen Landes.
- Keine Bomber so nahe an der Grenze des anderen patrouillieren lassen, dass ein Angriff möglich wäre.
- Keine Kriegsschiffe so dicht an die Grenze des anderen bringen, dass sie ihn mit Raketen angreifen könnten.
- Rückkehr zur NATO-Russland-Grundakte, die eine dauerhafte Stationierung von NATO-Truppen in Osteuropa verbietet.

Den russischen Vorschlägen folgte zunächst ein gewisses [Säbelrasseln von Seiten des Westens](#). Die drei Gesprächsrunden USA-Russland ab dem 10.01.2022 verliefen ergebnislos, da die USA auf geforderte Garantien, wie keine weitere NATO-Erweiterung, Abrücken der US-Militärs aus Osteuropa und keine Stationierung von US-Raketen in Reichweite der russischen Grenze, nicht einzugehen bereit waren. Die Gespräche wurden daraufhin ausgesetzt, im Westen die Rhetorik verschärft. So wurde gemeldet, dass Russland einen Angriff auf die Ukraine vorbereite, und für den Fall eines solchen Angriffs angekündigt, Russland in der Ukraine in einen massiven Guerilla-Krieg verwickelt würde. NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg verkündete, dass die NATO-Verbündeten "keine Kompromisse in Bezug auf das absolut zentrale Prinzip der europäischen und internationalen Sicherheit eingehen" können.

Für Röper widerspricht dies der NATO-Russland-Grundakte. Es wird gemeldet, dass Kanada wegen des angeblich drohenden russischen Angriffs Spezialeinheiten in die Ukraine entsandt hat, wo sich seit längerem Ausbilder und Spezialeinheiten der NATO ansammeln. Es wird auch gemeldet, dass der CIA-Direktor in Kiew war, um mit dem ukrainischen Präsidenten die Risiken für die Ukraine zu erörtern. Es wird bekannt, dass Großbritannien Panzerabwehrwaffen und anderes Militärmaterial in die Ukraine geliefert hat. Der russische Parlamentspräsident ordnet all diese Vorgänge ein und betont, dass die von Putin geforderten Sicherheitsgarantien die einzige Möglichkeit seien, "um eine schreckliche Tragödie zu verhindern". Die westlichen Medien schweigen dazu. Für Röper stellt es sich so dar, dass die USA "Russland in einen neuen und teuren Stellvertreterkrieg direkt an der russischen Grenze und mitten in Europa verwickeln" wollen.

[Thomas Röper](#), Jg. 1971, zunächst Versicherungs- und Finanzdienstleistungsexperte in Osteuropa und Russland, dann unabhängiger Unternehmensberater in St. Petersburg; lebt seit 15 Jahren in Russland und betreibt die Seite www.anti-spiegel.ru, wo er sich kritisch mit der Berichterstattung westlicher Medien im Allgemeinen, zu Russland, zu (Geo-)Politik und Wirtschaft auseinandersetzt. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Dmitri Trenin: Was Putin in der Ukraine wirklich will**

Dmitri Trenin, Direktor des Moskauer 'Carnegie Center', legt dar, was Putin seiner Meinung nach in der Ukraine wirklich will. Demnach ist Putin nicht mehr gewillt, das Gebaren der NATO in der Ukraine zu tolerieren. [Um die Entschlossenheit Moskaus zu demonstrieren, habe Putin seine Forderungen erhoben](#): einen formellen Stopp der NATO-Osterweiterung, ein dauerhaftes Einfrieren des weiteren Ausbaus der militärischen Infrastruktur des Bündnisses (z.B. Stützpunkte

und Waffensysteme) auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion, ein Ende der westlichen Militärhilfe für die Ukraine sowie ein Verbot von Mittelstreckenraketen in Europa. Putins Botschaft laute: Wenn diesen Bedrohungen nicht auf diplomatischem Wege begegnet werden kann, wird der Kreml zu militärischen Mitteln greifen müssen. Putin trete so selbstbewusst auf, weil er über den ins Stocken geratenen diplomatischen Prozess sehr enttäuscht sei, derzeit die Oberhand hat und die Ukraine das letzte Gefecht sei. Aber in den USA und in Europa werde der Widerstand gegen Russlands Forderungen groß sein.

Auch wenn Putin den Einsatz von Waffen nicht ausschließe, sei er in Wirklichkeit vorsichtig und kalkuliere genau. Dass Russland Waffen einzusetzen bereit sei, habe es im Konflikt um Südossetien gezeigt – und die rote Linie bzgl. der Ukraine sei deren Beitritt in die NATO, der laut Washington die nächsten zehn Jahre nicht geplant sei. Trotzdem könnte es nach Trenin zu einer weiteren Militarisierung entlang der westlichen Grenzen von Russland und Belarus, zu einer Anerkennung der Volksrepubliken in der Ostukraine und damit zu neuen Wirtschafts- und Finanzsanktionen des Westens kommen, was Moskau zu verstärkter Zusammenarbeit mit Peking drängen würde. Auch wenn ein formeller Beitritt der Ukraine zur NATO unwahrscheinlich sei, sei eine Stationierung von US-Raketen in der Ukraine nicht auszuschließen, was für Moskau ebenfalls eine rote Linie bedeute.

[Dmitri Trenin](#), Jg. 1955, leitet das 'Carnegie Moscow Center' und gehört zu Russlands führenden Außenpolitik-Experten. Er ist Autor mehrerer Bücher; zuletzt erschien von ihm 2018 das Essay "What is Russia up to in the Middle East?". (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Alfred de Zayas: **Hat der Westen das Vertrauen verspielt?**

Im Vorfeld des Gesprächs zwischen Biden und Putin hat Alfred de Zayas Verständnis für Russlands Forderung nach einem Ende der NATO-Osterweiterung und dem Abzug der Atomwaffen aus Europa geäußert. Für einen Ansatz für Entspannung und Abrüstung stelle die Haltung der US-Eliten und US-Medien, die USA als alleinigen Hegemon zu verstehen, ein gehöriges Hindernis dar. Die Sicherheitsfragen sollten zukünftig allein im UN-Sicherheitsrat geregelt und die NATO, die große Völkerrechts- bzw. Menschenrechtsverletzungen begangen habe, aufgelöst werden. Auch die EU habe sich im Zusammenhang mit der Ukraine in eine Sackgasse manövriert, sei weder an einem Dialog noch an einem Kompromiss interessiert und mache keine UN-konforme Politik. [De Zayas weist auch auf die vielen Wortbrüche des Westens hin](#), und auf den damit verbundenen Vertrauensbruch und Vertrauensverlust bzw. auf die damit einhergehende Vergiftung der zwischenstaatlichen Atmosphäre.

[Alfred-Maurice de Zayas](#), Jg. 1947, Völkerrechtler, Historiker, Sachbuchautor und ehemaliger UN-Beamter; war von 2012 bis 2018 Unabhängiger Experte des UN-Menschenrechtsrats für die Förderung einer demokratischen und gerechten internationalen Ordnung. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Alexander Marjin: **Lawrow: Westen setzt sich über Prinzip der unteilbaren Sicherheit hinweg**

Nach einem Telefonat mit US-Außenminister Antony Blinken sagte Russlands Außenminister Sergej Lawrow: "Unsere westlichen Kollegen versuchen, [das Prinzip der unteilbaren gemeinsamen Sicherheit] im euro-atlantischen Raum abgestimmte wichtige völkerrechtliche Prinzip nicht einfach zu ignorieren, sondern sogar in Vergessenheit geraten zu lassen. [...] Diese Vereinbarungen beinhalten nicht nur eine freie Wahl von Bündnissen, sondern auch [die Verpflichtung, Schritte zur Festigung der eigenen Sicherheit auf Kosten anderer zu vermeiden](#)."

Lawrow hat Blinken unumwunden gesagt, dass Russland es nicht gestatten werde, dieses Thema kaputtzureden bzw. zu "[verwischen](#)".

Eine weitere Stellungnahme von Außenminister Lawrow sowie Hinweise auf die Sicherheitscharta der OSZE [bestätigen, dass die übergeordnete Vereinbarung darin besteht, einen unteilbaren gemeinsamen Sicherheitsraum zu pflegen](#), dem das Recht auf freie Bündniswahl nachgeordnet ist.

Die Antworten von den USA und der NATO auf Russlands Vorschläge für gegenseitige Sicherheitsgarantien wurden geleakt und der spanischen Zeitung 'El Pais' zugespielt, die sie veröffentlicht hat. Thomas Röper hat sie ins Deutsche übersetzt ([Teil 1: NATO](#), [Teil 2: USA](#)).

[Inhalt](#) ↑

- **Paul Craig Roberts: Fehlende Sicherheitsgarantien für Russland sind gefährlich**

Für Paul Craig Roberts ist das Verhältnis vor allem dadurch so belastet, weil die Menschen, die während des Kalten Krieges noch versuchten, den sowjetischen Standpunkt zu verstehen, nicht mehr da sind und keine gleichwertigen nachgekommen sind. Überhaupt habe sich die US-Politik geändert: Es gebe keine Debatten mehr, die Russophoben bestimmten den Umgang mit Russland alleine. Folglich ist Washington nicht in der Lage, die russischen Bedenken zu verstehen. Statt zu erkennen, dass sich der Kreml durch die westlichen Waffen an seiner Westgrenze bedroht fühlt, werden weitere Waffen an die Ukraine geliefert.

Roberts sieht in den gegenwärtigen Gesprächen [den letzten Versuch der Russen, dass Washington ihre Sicherheitsbedenken anerkennt](#). Die Situation sei "gefährlich, denn der Kreml ist zu dem Schluss gekommen, dass die Gefahr eines Atomkriegs grösser ist, wenn man amerikanische Atomraketen an Russlands Grenzen zulässt, als wenn man die Nato auf den Stand von vor 1997 zurückführt."

[Paul Craig Roberts](#), Jg. 1939, ist Ökonom und Publizist. Er begründete als stellvertretender US-Finanzminister das wirtschaftspolitische Programm der Regierung Reagans ("Reaganomics") mit. Er war Mitherausgeber und Kolumnist des 'Wall Street Journal', Kolumnist von 'Business Week' und dem 'Scripps Howard News Service'. Er ist ein Kritiker der neoliberalen Wirtschaftspolitik, des Kriegs gegen den Terror und von Israels Politik gegenüber den Palästinensern. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Matthias Platzeck: Ich will nicht, dass Russland und China Arm in Arm marschieren**

Für Matthias Platzeck ist die Gefahr eines Krieges zwischen der Ukraine und Russland real. Aber solch ein Krieg ist vermeidbar, wenn wir versuchen, Russland als Partner zu gewinnen. Dazu müssten wir endlich Russlands Sicherheitsbedürfnisse, die Putin schon 2001 im Bundestag geäußert hat, anerkennen, die Krim-Frage zunächst zurückstellen und die Lage in der Ostukraine beruhigen. [Platzeck wirbt für mehr gegenseitiges Vertrauen, Zusammenarbeit und ökonomische Verflechtung mit Russland](#). Die Gas-Pipeline 'Nord Stream 2' sei eine der möglichen Verflechtungen und für uns bedeute es Versorgungssicherheit. Auch wenn Moskau manche Dinge revidieren müsse, müsse der Westen die Kraftanstrengung auf sich nehmen, sich auf gleiche Augenhöhe mit den Russen zu begeben.

[Matthias Platzeck](#), Jg. 1953, deutscher Politiker. 1990 als parteiloser Vertreter in die Regierung Modrow aufgenommen. Nach der deutschen Wiedervereinigung Umweltminister des Landes Brandenburg. 2002 bis 2013 Ministerpräsident von Brandenburg. 2010 bis 2013 Vorsitzender der 'Deutsch-Russischen Freundschaftsgruppe im Bundesrat'. Seit 2014 Vorsitzender des 'Deutsch-Russischen Forums e.V.'. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Andrej Hunko: **Der Westen müsste Gespräche anbieten, um aus der Eskalationsspirale herauszukommen**

Für Andrej Hunko ist die Grundkonstellation im Ukraine-Konflikt auf westlicher Seite auf Konfrontation angelegt. Dass die Unterstützung der Volksrepubliken in der Ostukraine und seine Truppenbewegungen hinter der russischen Westgrenze eine Reaktion Russlands auf die Konstellation in der Ukraine ist, werde seit Monaten im Westen ausgeblendet. Zudem stelle die NATO-Osterweiterung die Sicherheitsinteressen Russlands auf ignorante Weise in Frage. Bei der gegebenen Konstellation und geopolitischen Aufladung des Konflikts sieht Hunko "die Gefahr, dass das Ganze in einen Krieg umschlägt". Nach Hunko sollte der Westen die Vorschläge Putins "sorgfältig prüfen und [Gespräche anbieten, um aus der Eskalationsspirale herauszukommen](#)". Hunko macht darauf aufmerksam, dass die unschönen Entwicklungen in Russland, "wie z.B. die Schließung von Memorial, aber auch die Behinderung von oppositionellen Kandidaten bei der Parlamentswahl, darunter auch Linke und Fortschrittliche", auch mit dem Bedrohungsgefühl in Russland durch die Konstellation an seiner Westgrenze zu tun habe.

Sahra Wagenknecht gibt in ihrer Analyse (Video, 24m12) einen guten [Überblick über die Hintergründe des Ukraine-Konfliktes](#). Dazu erinnert sie die SPD an ihren früheren Ansatz, die Militärbündnisse (also auch die NATO) durch eine europäische Friedensordnung abzulösen. Sie erinnert auch an die Zusagen, die NATO nicht nach Osten zu erweitern, die 1999 gebrochen wurden. Wagenknecht entlarvt die Scheinheiligkeit der auf Dominanz ausgerichteten US-Politik, die Blindheit vor den berechtigten Forderungen Russlands, das sich durch das Verhalten der NATO bedroht fühlt, und nennt sinnvolle friedensfördernde Maßnahmen, um von der Eskalation herunterzukommen.

[Andrej Hunko](#), Jg. 1963, Medizinstudium in Freiburg, Ausbildung als Mediengestalter, Seit 1981 aktiv in der Friedens-, Umwelt- und sozialen Bewegungen. Seit 2009 Mitglied des Bundestages und seit 2016 Europapolitischer Sprecher der Fraktion 'Die Linke'. (Red.)

[Sahra Wagenknecht](#), Jg. 1969, deutsche Volkswirtin, Publizistin und Politikerin. Seit 2009 Bundestagsabgeordnete der Fraktion 'Die Linke'. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Karl-Jürgen Müller: **Macht vor Recht – Wichtige Forschungsergebnisse zum Thema NATO-Osterweiterung**

Karl-Jürgen Müller hat Quellen gesichtet, um [Licht in die Auseinandersetzung um eine gegen Vereinbarungen verstoßende NATO-Osterweiterung zu bringen](#).

Eine [Untersuchung von Marc Trachtenberg](#) legt auf Seite 15ff dar, dass es 1990 Zusagen vom deutschen Außenminister Hans-Dietrich Genscher und seinem US-kollegen James Baker an die sowjetische Führung gab, dass es "keinerlei Absicht" einer NATO-Osterweiterung gebe. Allerdings haben Genscher und Baker ihre Aussagen von 1990 später relativiert und US-Präsident Bush wollte schon 1990 nichts von solchen Zusagen wissen.

Müller führt allerdings die 1997 vereinbarte NATO-Russland-Grundakte an, in der eine NATO-Osterweiterung nicht explizit angesprochen wird, aber vereinbart wurde, dass die Mitgliedstaaten der NATO "nicht die Absicht, [keine Pläne und auch keinen Anlass haben, nukleare Waffen im Hoheitsgebiet neuer Mitglieder zu stationieren](#), noch die Notwendigkeit sehen, das Nukleardispositiv oder die Nuklearpolitik der NATO in irgendeinem Punkt zu verändern und dazu auch in Zukunft keinerlei Notwendigkeit sehen. Dies schließt die Tatsache ein, dass die NATO entschieden hat, sie habe nicht die Absicht, keine Pläne und auch keinen Anlass, nukleare Waffenlager im Hoheitsgebiet dieser Mitgliedstaaten einzurichten, sei es durch den Bau neuer oder die Anpassung bestehender Nuklearlagerstätten." Es wird darin von neuen Mitgliedern

gesprochen, es wird auch formuliert, dass die NATO "für den Fall der Verteidigung gegen eine Aggressionsdrohung und für Missionen zur Stützung des Friedens" Verstärkungen vornehmen darf.

Dass eine NATO-Osterweiterung ein Thema war, kann dem [Protestbrief von 50 ehemaligen US-Senatoren](#) von 1997 entnommen werden. Im [Zwei-und-Vier-Vertrag](#) von 2002 wurde vereinbart, dass in Ostdeutschland keine ausländischen Truppen oder Atomwaffen stationiert werden; bzgl. einer NATO-Osterweiterung gibt es keine Aussage. Müller geht aufgrund von verschiedenen Forschungsarbeiten davon aus, dass die US-Regierung schon 1990 kein wirkliches Einvernehmen unter gleichberechtigten Verhandlungspartnern suchte, sondern die Schwäche der Sowjetunion für eine "triumphale US-Außenpolitik" nutzte.

[Karl-Jürgen Müller](#) ist Berufsschullehrer (*Fächer: Deutsch, Geschichte und Gemeinschaftskunde*) und Mitarbeiter der Redaktion 'Zeit-Fragen'. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Wolfgang Schwarz: **Der Westen & Russland – zum Diskurs**

Angesichts der Kriegsgefahr erinnert Wolfgang Schwarz in seinem Beitrag daran, wie schnell eine "kleine Irritation", wie die des georgischen Präsidenten Saakaschwili 2008 dazu führen kann, Streitkräfte in Marsch zu setzen. Saakaschwili bildete sich aufgrund mindestens missverständlicher Einflüsterungen seiner US-amerikanischen Berater offenkundig ein, Washington würde ihm im Falle eines kriegesischen Konflikts mit Moskau militärisch beistehen.

Schwarz mahnt, dass es [ohne Anerkennung der berechtigten Sicherheitsinteressen Russlands und ohne Bewegung Kiews in Richtung Umsetzung des Minsk-II-Abkommens keine nachhaltige Entschärfung](#) des Kriegsherdes in der Ostukraine geben wird. Im Interesse europäischer Stabilität rät Schwarz, dass die NATO auf die Aufnahme von Georgien und Ukraine in das Bündnis verzichten und sich die Ukraine Finnland, das "einen Modus Vivendi mit der Sowjetunion gefunden" hat, als Beispiel nehmen soll.

Bernd Greiner gibt in seinem Buch "[Made in Washington – Was die USA seit 1945 in der Geschichte angerichtet haben](#)" einen vertieften Einblick in die Außenpolitik der USA seit dem Zweiten Weltkrieg bis heute, die ganz offensichtlich ein Kontinuum darstellt und [eine tiefe rote Blutspur hinter sich herzieht](#). Greiners Darlegungen und Erkenntnisse lassen auch aktuelle Entwicklungen, wie sie im Moment im Zusammenhang mit der Ukraine zu beobachten sind, in einem anderen Licht erscheinen, als es die Mainstreammedien und die westliche Propaganda uns gerne glauben machen wollen.

[Wolfgang Schwarz](#), Jg. 1952, Politologe und Publizist zu Fragen bzgl. Sicherheitspolitik, Rüstung, Abrüstung, NATO, Russland; Chefredakteur des Online-Magazins 'Das Blättchen'. (Red.)

[Bernd Greiner](#), Jg. 1952, Historiker, Politikwissenschaftler und Amerikanist. Er lehrte an den Universitäten in Marburg, Münster, Oldenburg und Hamburg. Von 2015 bis 2018 leitete er das 'Berliner Center for Cold War Studies'. Er verfasste die ausgezeichnete Studie "Krieg ohne Fronten". Seine Arbeitsschwerpunkte sind die US-Geschichte des 20. Jh. unter besonderer Berücksichtigung des Kalten Krieges, die Beziehungen zwischen Militär und Zivilgesellschaft seit 1900, das deutsch-amerikanische Verhältnis, die Theorie der Gewalt und internationaler Beziehungen im 20. Jh.. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Eberhard Hamer: **Der Gaskrieg**

Eberhard Hamer, Mittelstandsinstitut Niedersachsen e.V., zählt verschiedene Maßnahmen und Motive auf, warum in Europa das russische Gas als bisher sicherste und billigste Energie und in Folge auch die elektrische Energie massiv teurer geworden sind:

- 1) Die US-Amerikaner wollen ihr Fracking-Gas nach Europa verkaufen.
- 2) Die USA wollen nicht, dass Russland mit Dauereinnahmen in Europa wirtschaftlich und militärisch gestärkt wird.
- 3) Die Familie Biden verdient an der Gasdurchleitung durch die Ukraine.
- 4) Die Ukraine bekämpft 'Nord Stream 2', weil damit die illegale Abzweigung aus der Pipeline durch das eigene Land gefährdet werden könnte – ungeachtet der versprochenen Ausgleichsleistungen aus Deutschland.
- 5) Auch Polen bekämpft 'Nord Stream 2' wegen der Gefahr des Verlustes von Durchleitungen – ebenfalls ungeachtet der versprochenen Ausgleichsleistungen aus Deutschland.
- 6) Eine US-Lobby kämpft dafür, dass die Gasversorgung in europäische Kompetenz kommt; sie sorgte auch dafür, dass das russische Gas nach Marktpreisen und nicht nach Festpreisen gehandelt werden darf.

Für Hamer wird die [durch politische Maßnahmen bedingte Verteuerung der Gasversorgung](#) auf Dauer einen Wohlstandverlust in Deutschland herbeiführen.

[Prof. Eberhard Hamer](#), Jg. 1932, studierte Volkswirtschaft, Recht und Theologie; Rechtsanwalt, Unternehmer, bis 1995 Professor für Wirtschafts- und Finanzpolitik in Bielefeld; Gründer und Präsident des 'Mittelstandsinstituts Niedersachsen' in Hannover und der 'Deutschen Mittelstandsstiftung'; Begründer der neuen 'Mittelstandsökonomie der personalen Wirtschaft und der Inhaberbetriebe'. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

• Lucas Leiroz: **Der US-Druck auf Deutschland wächst**

Lucas Leiroz sieht Deutschland unter wachsendem US-Druck, in der Ukraine-Krise mit strengen Sanktionen gegen Russland vorzugehen. Leiroz sieht in dem Besuch des US-Außenministers in Berlin den Versuch, der deutschen Regierung eine strenge antirussische Haltung aufzudrängen. Die russische Exportkapazität ist das Hauptziel des neuen Sanktionspakets. Blinken erklärte, dass die neuen Beschränkungen darauf abzielen, "russische Handelsrouten in der ganzen Welt zu blockieren", von Russland genutzte "Versorgungsrouten zu blockieren" und "eine starke Reduzierung des Personals russischer Botschaften in westlichen Ländern" zu gewährleisten. Die USA haben ihre ablehnende Haltung gegenüber der Gaspipeline wieder aufgenommen, da sie sie unter den derzeitigen Umständen in der Ukraine für unzulässig halten.

Derzeit [bildet sich eine Achse zwischen den USA, dem Vereinigten Königreich, Polen und der Ukraine, die Druck auf Deutschland ausübt](#), sich den antirussischen Maßnahmen vollständig anzuschließen. Die EU zögert weiterhin, eine klare Position der Distanzierung von der NATO einzunehmen, trotz der souveränen Haltung der wichtigsten europäischen Staats- und Regierungschefs, Deutschland und Frankreich, die nicht bereit sind, alle Haltungen der NATO und ihre jeweiligen Konsequenzen zu tolerieren. Für Leiroz ist es unwahrscheinlich, dass das von Blinken vorgelegte neue Sanktionspaket wirklich von einer Eskalation der Spannungen in der Ukraine abhängt.

Bei der gemeinsamen Pressekonferenz von US-Präsident Joe Biden und Olaf Scholz, die am 07.02.2022 anlässlich des Antrittsbesuchs von Scholz in Washington stattfand, haben beide die Einigkeit und Freundschaft zwischen den USA und Deutschland betont. Vorrangiges Thema waren mögliche Sanktionen gegen Russland wegen der angespannten Situation an der Grenze zur Ukraine. Dabei ließ Biden verlauten, dass es [bei einem Einmarsch russischer Bodentruppen in die Ukraine "kein 'Nord Stream 2' mehr geben"](#) werde.

[Lucas Leiroz](#), Bachelor in Rechts- und Sozialwissenschaften, ist als Journalist, geopolitischer Analyst und Unternehmensberater tätig. Er schreibt für die internationalen Medien InfoBRICS (Russland) und CGTN (China). (Übersetzungshilfe [deepl.com](#)) (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Pepe Escobar: Iran-Russland haben die Maximalstrategie gewählt**

Der russische Präsident Wladimir Putin und der iranische Präsident Ebrahim Raisi hatten ihre Spitzendiplomaten mit der Ausarbeitung einer 'Roadmap' beauftragt, die die [strategische Zusammenarbeit der nächsten 20 Jahre zwischen der Islamischen Republik Iran und der Russischen Föderation](#) klären helfen soll. Das Dokument wurde auf dem Iran-Russland-Gipfel am 20.01.2022 vorgelegt und soll den Kooperationsvertrag von 2001 fortsetzen.

Für Pepe Escobar stellt ein für Eurasien geplantes Clearing-Netzwerk, das mit SWIFT, dem globalen Nachrichtensystem zwischen Banken, konkurrieren soll, ein Schlüsselement für die weitere Entwicklung dar. Diese Entwicklung soll Russland, Iran und China aber auch die Mitgliedstaaten der 'Shanghai Cooperation Organization' (SOC), der 'Eurasia Economic Union' (EAEU), ASEAN, BRICS und andere Handels-/Sicherheitsorganisation vereinen. Für solch ein Netzwerk sei die Basis vorhanden, denn sowohl Russland als auch China haben bereits jeweils ein entsprechendes System entwickelt. Für eine Verknüpfung dieser Systeme müsse nur die Frage der dann gültigen Standardwährung gelöst werden.

Für den iranischen Außenminister Hossein Amir-Abdollahian stellt der Besuch von Raisi in Russland, einschließlich seiner Rede vor der Duma, einen "Wendepunkt in der Politik der guten Nachbarschaft und des Blicks nach Osten", aber auch in der Bekämpfung der westlichen Sanktionen gegen den Iran und Russland dar. Für Raisi ist es wichtig zu sehen, dass die US-Strategie der Vorherrschaft gescheitert sei und sich auch in Ländern wie dem Irak oder Afghanistan Widerstand gegen das westliche Modell rege, unabhängige Demokratien und die Selbstidentifikation von Völkern zu schwächen. Nach Raisi hat der Iran sowohl die Schlacht gegen den Salafi-Dschihad-Terrorismus als auch gegen die US-Kampagne des maximalen wirtschaftlichen Drucks durch Sanktionen gewonnen.

Teheran sehe sich als Partner Russlands "insbesondere in den Bereichen Energie, Handel, Landwirtschaft, Industrie und Technologie" sehr gut aufgestellt. Raisi hob auch die wichtige Bedeutung des 'Internationalen Nord-Süd-Transportkorridors' (INSTC) hervor, ein Schiffs-/Schienen-/Straßengüterverkehrsnetz, das Indien, den Iran, Afghanistan, Aserbaidschan mit Russland und Europa (*nicht mit den USA, Red.*) verbindet, und damit einen alternativen Transportkorridor zum Seeweg über den Suezkanal darstelle. Mit der vereinbarten russisch-iranischen Zusammenarbeit werde die Bedeutung dieses Korridors noch wachsen.

Zu der Wiener Nuklearvereinbarung mit dem Iran, JCPOA, äußerte der Berater der iranischen Delegation, Mohammad Marandi, dass dort in absehbarer Zeit keine Ergebnisse zu erwarten seien, da die USA wohl kaum auf die Forderungen des Iran eingehen werden. Auch dort fordert Teheran, dass die USA ihre Haltung aufgeben, auf den Iran einen maximalen wirtschaftlichen Druck auszuüben.

[Pepe Escobar](#), Jg. 1954, ist Kolumnist bei 'The Cradle', leitender Redakteur bei 'Asia Times' und unabhängiger geopolitischer Analyst mit Schwerpunkt Eurasien. Er berichtet seit 1985 als Auslandskorrespondent aus vielen Teilen der Welt und lebte in London, Paris, Mailand, Los Angeles, Washington, Bangkok und Hong Kong. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **David Beasley: Afghanistan: Die dringende Notwendigkeit von Lösungen für die Probleme, die verhindern, dass die humanitäre Hilfe das afghanische Volk erreicht**

Am 17.12.2021 sagte David Beasley, Exekutivdirektor des Welternährungsprogramms, mit einem dringenden Appell zu Afghanistan, dass von den 42 Millionen Menschen [23 Millionen auf dem Weg zum Hungertod](#) seien. 95% der Bevölkerung haben nicht genug zu essen. Die Mütter stünden vor der Wahl, ihr Kind entweder erfrieren oder verhungern zu lassen. Nicht nur die verringerte Weizenproduktion wegen Dürre und der wirtschaftliche Niedergang durch Covid sind dafür verantwortlich.

Die [aktuelle Hungerkatastrophe in Afghanistan ist maßgeblich von den westlichen Mächten mitverursacht](#) worden. Das zeigen Berichte von Hilfsorganisationen wie auch Analysen der afghanischen Wirtschaft während der Zeit der westlichen Besatzung. Demnach haben die westlichen Mächte das Land bei ihrem Abzug im August 2021 zum einen in einem Zustand umfassender Abhängigkeit von Hilfsgeldern vor allem aus dem Westen zurückgelassen, die eine logische Folge der Besatzungsökonomie war. Zum anderen haben die unverändert gültigen US-Sanktionen Afghanistan von lebensnotwendigen Einfuhren – etwa von Medikamenten – wie auch vom globalen Finanzsystem abgeschnitten. Selbst Hilfsorganisationen haben große Probleme, Hilfsgüter ins Land zu bekommen und ihr Personal vor Ort zu bezahlen.

[David Beasley](#), Jg. 1957, ist US-amerikanischer Politiker der republikanischen Partei. Er war zwischen 1995 und 1999 Gouverneur von South Carolina. Seit April 2017 ist er Exekutivdirektor des Welternährungsprogramms der Vereinten Nationen. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● **Matin Baraki: Die Geburtsstunde und die Geburtshelfer der Taliban**

Matin Baraki, Autor, Politikwissenschaftler und Afghanistanspezialist an der Philipps-Universität Marburg, hat im August 2020 einen [Hintergrundartikel und Kommentar zu den Taliban](#) geschrieben, der es nicht nur erleichtert, die Geschichte der Taliban zu verstehen, sondern auch eine wichtige Grundlage zur Beurteilung der Politik in und um Afghanistan darstellt.

Seine Darstellung beginnt 1978, als das feudale Daud-Regime gestürzt und grundlegende Reformen eingeleitet wurden. Der Westen sah die Gefahr, dass die Region revolutioniert und die Ölversorgung Schaden nehmen könnte. Zur Beseitigung der kommunistisch eingestuftes Regierung in Kabul wurde der Islamismus (Mujaheddin, Taliban, Al-Qaida) erfunden. Die CIA und Pakistan sorgten für die Ausbildung der Taliban, die von den arabischen Golfmonarchen finanziert wurde. Erst nach dem 11. September 2001 erklärten die USA ihre ehemaligen Zöglinge und Verbündeten, die Taliban, zu Terroristen, gegen die sie seitdem einen gnadenlosen Krieg führten. Aber die von Teilen der Bevölkerung geschützten Taliban konnten sich halten. Wegen der Drohneinsätze gewinnen die Taliban noch mehr Freiwillige. Da sie von den islamistischen Parteien Pakistans als Freiheitskämpfer gegen die USA angesehen werden, erhalten sie von ihnen politische, personelle und finanzielle Unterstützung.

Um die Taliban zu neutralisieren, hat die NATO ab 2010 eine Differenzierung der Bewegung in einheimische und internationale Taliban vorgenommen. Die einheimischen Taliban wurden faktisch als legitime Widerstandsbewegung anerkannt. Dies wurde durch das Abkommen zwischen USA und Taliban im März 2020 vollzogen. Eine Differenzierung der Taliban durch Pakistan wollten die USA nicht zulassen und forderten von Pakistan deren weitere Bekämpfung. Die daraufhin erfolgten pakistanischen Operationen wurden von den Taliban grausam gerächt.

Baraki sah 2020, dass der Konflikt in und um Afghanistan und Pakistan nur durch Verhandlungen gelöst werden kann. 2020 standen die USA, die den Krieg gegen die Taliban nicht mehr gewinnen konnten, einer Lösung des Konflikts im Weg. "Die antiimperialistischen Kräfte müssen die Bewegung der Taliban differenziert und aus strategischer Perspektive betrachten, analysieren, einordnen, bewerten und würdigen."

[Matin Baraki](#), Jg. 1947, nach einer Ausbildung zum Feinmechaniker studierte er in Kabul Pädagogik und arbeitete als Lehrer. Studierte Politikwissenschaften, Soziologie und Philosophie an der Uni Marburg. Dort lehrte er internationale Politik am Institut für Politikwissenschaften, am Zentrum für Nah- und Mitteloststudien und am Zentrum für Konfliktforschung. (Red.)

[Inhalt](#) ↑